



PB Nr. 4 - GR/jo

Kopenhagen, 21. Januar 1976.

Sozialdemokratisches Gipfeltreffen
in Helsingör (18./19. Januar 1976)

Anfangs Dezember 1975 hat der dänische Ministerpräsident Anker Jørgensen in seiner Eigenschaft als sozialdemokratischer Parteiführer die europäischen Vorsitzenden aus dem gleichen Lager zu einem Treffen vom 18. und 19. Januar 1976 nach Helsingör eingeladen.

Dieser Einladung leisteten 7 Regierungschefs, 18 Minister, 20 Parlamentarier und 26 Parteifunktionäre aus 17 Ländern [Dänemark, Belgien, Holland, Deutschland, Frankreich, Italien, England, Irland, Luxemburg, Finnland, Schweden, Norwegen, Island, Oesterreich, Malta, Spanien und Portugal], d.h. insgesamt 71 Delegierte Folge. Aus der Schweiz hatten sich Parteipräsident Helmut Hubacher und zwei weitere Funktionäre angemeldet.

Bereits am Vortag der Konferenz trafen sich die sozialdemokratischen Parteiführer der nordischen Länder auf dem Regierungssitz Marienborg bei Kopenhagen zu einem ersten Meinungsaustausch mit Jørgensen und seinen Parteileuten.

Am 18. und 19. Januar traten dann die Partei-Teilnehmer auf dem Sitz der dänischen Gewerkschaft "Højstrupgaard" bei Helsingör zur Plenarversammlung zusammen.

Gesprächsthemen, jeweils eingeführt durch einen Referenten, waren:

1. "Internationale Zusammenarbeit": Willy Brandt;
2. "Die südeuropäische Lage": Felipe Gonzales über Spanien und Mario Soares über Portugal;
3. "Die EG-Zusammenarbeit und das übrige Europa" : Trygve Bratteli;
4. "Arbeitslosigkeit und Inflation" : Harold Wilson;
5. "Die neue ökonomische Weltordnung": Olof Palme;
6. "Die Beziehungen zwischen Sozialisten und Kommunisten": François Mitterand.

Zum Thema "Internationale Zusammenarbeit" waren eine Reihe von Unterausschüssen ernannt worden. Sie hatten zur Aufgabe, eine gemeinsame Haltung der europäischen Sozialisten und Sozialdemokraten zu den aktuellen Problemen zu formulieren. Die Konferenzteilnehmer waren sich darüber einig, enger auch mit nichteuropäischen Parteien der gleichen ideologischen Grundhaltung zusammenzuarbeiten.

Zur "südeuropäischen Lage" bekräftigten die Delegierten die Unterstützung der spanischen Sozialistenpartei PSOE. Die Hilfe an die portugiesische Sozialistenpartei soll ebenfalls erweitert werden. Ueber die Höhe und Form dieser Unterstützung wurde noch kein Beschluss gefasst.

Zum Traktandum "EG-Zusammenarbeit und das übrige Europa" warnte Bundeskanzler Schmidt vor dem Irrglauben, dass eine Assoziierung für andere Länder nur immer mit wirtschaftlichen Vorteilen verknüpft sei. Er forderte die EG-Länder auf, sich weiterhin Gedanken um die Subventionierung der nationalen Wirtschaften zu machen. Die BRD-Regierung steure zielbewusst auf einen stufenweisen Abbau der Subventionspolitik hin. Auf eine Zwischenbemerkung Wilsons, wies Schmidt in scharfem Ton

- 3 -

darauf hin, dass die Bundesrepublik sich sehr solidarisch gegenüber den von der Wirtschaftskrise betroffenen europäischen Ländern verhalten habe. Er forderte zu einem verstärkten Kampf gegen die Inflation auf und kritisierte - ohne Grossbritannien zu erwähnen - die "wirtschaftliche Schlappheit" eines EG-Mitgliedlandes.

Die Äusserungen von Harald Wilson zum Thema "Arbeitslosigkeit und Inflation" soll von Mitgliedern anderer Delegationen als "Jammerrede" bezeichnet worden sein. Der britische Arbeiterführer glaubt an den Beginn einer wirtschaftlichen Besserung. Obwohl auch in England ein umfassendes Sparprogramm im Gang ist, warnte Wilson seine europäischen Kollegen vor übertriebenen Sparmassnahmen im öffentlichen Sektor. Allein in den zehn grössten Industrieländern seien mehr als vierzehn Millionen Arbeitslose und die Lage in den Entwicklungsländern sei tragisch. Auch Bundeskanzler Helmut Schmidt ging in seiner Rede auf die ernste Wirtschaftslage ein, wobei er jedoch angesichts der jüngsten Entwicklung eher zum Optimismus hinneige.

Zu Programmpunkt 5 "Neue ökonomische Weltordnung" waren die Delegierten darüber einig, dass die Entwicklungsländer im allgemeinen mehr unter den wirtschaftlichen Rückschlägen zu leiden hätten als die Industrieländer und dass sie mehr denn je der Hilfe bedürfen. Die Gegenforderung der Industrieländer könnte darin bestehen, dass die Regierungen der Entwicklungsländer die überseeischen Investitionen garantieren und dass sie eine wirksame Familienplanung sichern würden. Der dänische Aussenwirtschaftsminister Ivar Nørgaard fügte bei, eine Hilfe in Höhe von einem Prozent vom Bruttosozialprodukt

- 4 -

der Industrieländer genüge nicht. Der Westen müsse in verschiedenen Punkten das Verlangen nach einer neuen wirtschaftlichen Weltordnung erfüllen. Ein Weg dazu wären Vereinbarungen über Lieferungen zu stabilen Preisen.

Als heikelstes Traktandum erwies sich die Frage der "Beziehungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten". François Mitterand erklärte, er zöge die Einheit der Arbeiterklasse und den Sieg des Sozialismus einer bürgerlichen Regierung und globalen strategischen Gesichtspunkten vor. Er gebe gerne zu, dass die Bedingungen in den einzelnen Ländern verschieden sind. In Frankreich seien die Kommunisten eine Kraft, um die man nicht herumkomme. Dasselbe würde vermutlich auch in Spanien, Portugal und Italien der Fall sein. Bundeskanzler Schmidt distanzierte sich klar von einer formalisierten Zusammenarbeit mit den Kommunisten und deren mögliche Infiltration in die EG und NATO. Der dänische Premier Anker Jørgensen stellte abschliessend fest, dass die Frage der Zusammenarbeit mit den Kommunisten auch weiterhin Anlass zu Problemen in den sozialistischen Reihen geben dürfte. Doch bestehe Einigkeit darüber, dass die Diktatur und Gleichschaltung, die unseren historischen Erfahrungen gemäss zu oft den Kommunismus begleiten, abzulehnen seien.

Am Schluss der Tagung in Helsingör war man sich prinzipiell darüber einig, dass

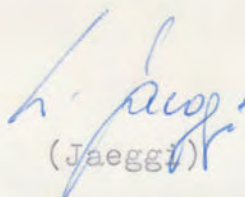
1. eine abwartenden Haltung gegenüber den Kommunisten einzunehmen sei, um zu beobachten, ob diese sich zu glaubwürdigen demokratischen Parteien entwickeln könnten;
2. die Zusammenarbeit mit demokratisch-sozialistischen Gruppen, Parteien und Bewegungen der Dritten Welt anzustreben sei;

- 5 -

3. der Kampf der Sozialisten Spaniens und Portugals für demokratische Zustände zu unterstützen sei;
4. über eine neue wirtschaftliche Ordnung zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern verhandelt werden müsse;
5. die Bemühungen um Mitbestimmung und Miteigentum der arbeitenden Klasse in der Wirtschaft zu intensivieren sei.

Herr Hubacher wird nach seiner Rückkehr in die Schweiz dem Departementsvorsteher gewiss noch ausführlicher über den Ablauf der Konferenz berichten.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER:


(Jaeggi)